

Nürnberg.

SPD

DER SPRINGENDE PUNKT

MONATLICHE ZEITUNG DER SPD NÜRNBERG AUSGABE 05/2026



Liebe Leserin,
lieber Leser,

Ein toller und bemerkenswerter Wahlkampf liegt jetzt hinter uns. An dieser Stelle nochmal ein herzlicher Dank an alle, die uns und mich hier unterstützt haben!

Ich freue mich, dass wir uns als Nürnberg SPD nach sehr konstruktiven Gesprächen mit der CSU auf eine weitere Zusammenarbeit verständigen konnten. So werden wir auch künftig an zentralen Stellen Verantwortung für unsere Stadt tragen.

Mir war dabei besonders wichtig, dass es kein einfaches „Weiter-so“ gibt, sondern dass wir uns auf eine echte Reform-Kooperation verständigt haben. Wir werden das Leben der Nürnbergerinnen und Nürnberger in den nächsten sechs Jahren ganz konkret besser machen. Zusammen mit unserer Sozial-Referentin Lisa Ries, unserem Stadtkämmerer Thorsten Brehm und unserer ganzen Rathaus-Fraktion werden wir täglich daran arbeiten, Nürnberg wieder zur „Stadt der Chancen“ zu machen.

Obwohl ich mir auch ein besseres Wahlergebnis gewünscht hätte, bin ich doch froh und stolz, dass wir etliche unserer wichtigen Punkte durchsetzen konnten. Ich nenne hier beispielhaft das kostenlose Schüler-ticket oder die Entwicklung der Königstraße zur Klima- und Flaniermeile.

Besonders freut mich auch, dass wir die Bereiche Wohnen, Bauen und Stadtentwicklung erstmals in einer Hand bündeln konnten. Zusammen mit der Feuerwehr als wichtiger Baustein des Bevölkerungsschutzes liegen diese Aufgaben künftig bei mir als 3. Bürgermeister. Wir stehen vor großen Herausforderungen, ich freue mich darauf, sie gemeinsam mit euch und Ihnen anzugehen!

Euer
Nasser Ahmed



KOMMUNALWAHL 2026 IN NÜRNBERG

Ein Ergebnis, das wir einordnen müssen

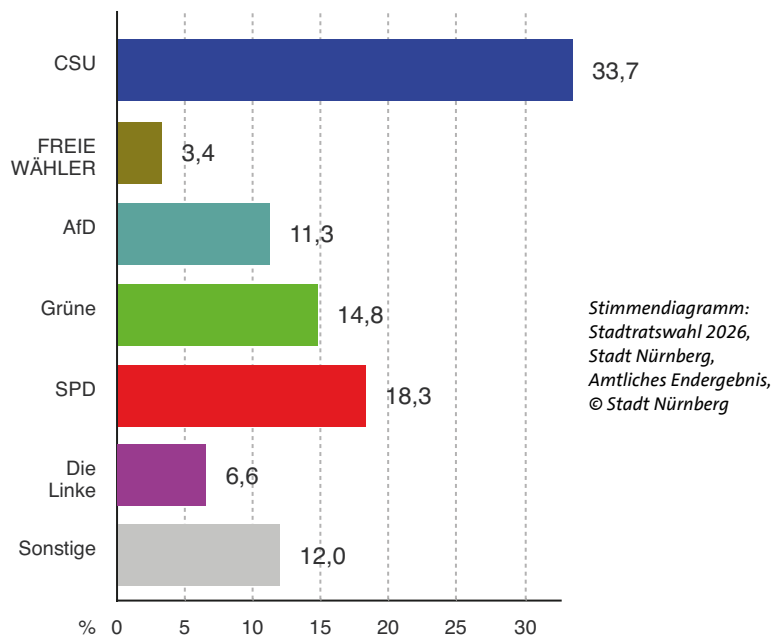
Die Kommunalwahl 2026 in Nürnberg war für uns als SPD ein klarer politischer Wettkampf mit dem Anspruch, den amtierenden Oberbürgermeister Marcus König und die CSU herauszufordern und das Rathaus zurückzugewinnen. Mit unserem Kandidaten Dr. Nasser Ahmed sind wir genau mit diesem Ziel in den Wahlkampf gegangen: nicht nur mitzuhalten, sondern eine echte Alternative anzubieten.

Am 8. März wurde neben der Stadtratswahl auch der erste Wahlgang der Oberbürgermeisterwahl entschieden. Für uns als SPD war die Ausgangslage klar: Ziel war es, unsere Fraktionsstärke im Stadtrat zu halten oder auszubauen und gleichzeitig mit unserem Kandidaten in die Stichwahl einzu-

ziehen, um eine echte Chance auf das Amt des Oberbürgermeisters zu haben.

Die Stadtratswahl hat dabei eine klare Ausgangslage geschaffen. Mit 13 Sitzen liegt die SPD hinter der CSU, die mit 24 Sitzen stärkste Kraft wird. Dahinter folgen die Grünen mit 10 Sitzen und die AfD mit 8 Sitzen. Die Linke kommt auf 5 Sitze, kleinere Parteien und Wählergruppen sind ebenfalls vertreten – etwa die Freien Wähler und politbande mit jeweils 2 Sitzen sowie mehrere weitere Listen mit je einem Sitz.

Für uns heißt das: Wir sind weiterhin eine zentrale Kraft im Nürnberger Stadtrat. Und auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu: Wir haben Mandate verloren. Dieses Ergebnis >>



nau dort, wo die Wahlbeteiligung deutlich höher ist. Daraus ergibt sich ein strukturelles Ungleichgewicht: Wir gewinnen die Zustimmung bei den Jüngeren, aber die CSU gewinnt die Wahl über die Älteren. Wir erreichen viele, aber zu wenige gehen tatsächlich zur Wahl.

Nach der Wahl ist damit auch die politische Lage im Rathaus klar umrissen. Es gibt keine einfachen Mehrheiten, stabile Verhältnisse müssen aktiv organisiert werden. Gerade in einer solchen Konstellation kommt es darauf an, Verantwortung zu übernehmen und tragfähige Lösungen für die kommenden Jahre zu entwickeln.

Für uns als SPD bedeutet das: Wir stehen vor der Aufgabe, in einer veränderten Kräfteverteilung weiter gestaltend mitzuwirken. Wir sind nicht stärkste Kraft, aber wir sind weiterhin zentral für die politische Handlungsfähigkeit dieser Stadt.

Genau darin liegt auch eine Chance. Denn trotz der Niederlage in der Stichwahl hat sich gezeigt, dass unsere Themen tragen, dass unser Wahlkampf Menschen erreicht und dass wir insbesondere bei jüngeren Generationen großes Vertrauen genießen.

Die zentrale Herausforderung für die kommenden Jahre ist deshalb klar: Wir müssen es schaffen, diese Zustimmung auch in tatsächliche Stimmen zu übersetzen. Es reicht nicht, Viele zu erreichen, wir müssen sie auch zur Wahl bewegen. Gleichzeitig gilt es, unsere Ansprache zu verbreitern und auch in anderen Wählergruppen stärker präsent zu sein.

Die Kommunalwahl 2026 ist damit kein Abschluss, sondern ein Ausgangspunkt. Sie zeigt unsere aktuellen Grenzen, aber auch unser Potenzial.

Eine detaillierte Wahlkampf-Nachlese wird in den kommenden Wochen folgen. Darin werden wir den Wahlkampf noch einmal systematisch auswerten, mit einem klaren Blick darauf, was gut funktioniert hat, wo wir stärker geworden sind, aber auch, wo wir Defizite haben und was wir für zukünftige Wahlen daraus lernen müssen.

Wahlkampf-Nachlese der SPD Nürnberg Mittwoch, 20.05.2026, 19:00 Uhr KBZ

Zudem wird es in den kommenden Tagen einen Feedbackbogen geben. Wir laden alle Mitglieder ein, sich aktiv einzubringen, Rückmeldungen zu geben und gemeinsam mit uns die richtigen Schlüsse aus dieser Wahl zu ziehen.

ist ein klarer Auftrag, unsere Position in der Stadt weiterzuentwickeln.

Gleichzeitig ist es uns gelungen, in der Oberbürgermeisterwahl in die Stichwahl einzuziehen. Damit war trotz dieses Rückschlags weiterhin alles offen: Die Möglichkeit, dass die SPD Nürnberg den Oberbürgermeister stellt, bestand nach wie vor.

Der Wahlkampf ging danach nahtlos weiter – allerdings mit einer klaren Zuspitzung. Es ging nicht mehr um mehrere Kandidaten, sondern um eine direkte Entscheidung zwischen zwei Personen. Entsprechend lag der Fokus voll auf Mobilisierung: möglichst viele Menschen erreichen, überzeugen und tatsächlich zur Wahl bringen.

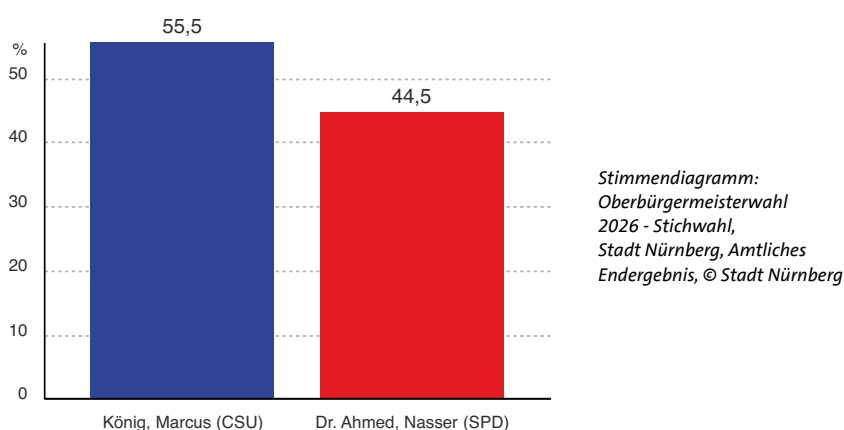
Unser Kandidat Dr. Nasser Ahmed hat in dieser Phase enormen Einsatz gezeigt. Ob im Tür-zu-Tür-Wahlkampf, bei Terminen in den Stadtteilen, im direkten Gespräch auf der Straße oder über Social Media – der Anspruch war, möglichst nah an die Menschen heranzukommen und sie konkret zur Wahl zu bewegen.

Dieser Einsatz hat sich auch in den Zahlen niedergeschlagen: Zwischen erstem Wahlgang und Stichwahl gewinnt er über 17.000 zusätzliche Stimmen hinzu, während der Amtsinhaber Stimmen verliert. Trotzdem reicht es am Ende nicht: Mit 55,5 % zu 44,5 % bleibt das Amt des Oberbürgermeisters bei der CSU.

Auffällig ist dabei vor allem die extrem niedrige Wahlbeteiligung. Nur 41,1 % der Wahlberechtigten nehmen an der Stichwahl teil. Ein historischer Tiefstand. Das bedeutet im Umkehrschluss: Die Mehrheit der Nürnbergerinnen und Nürnberger hat gar nicht gewählt.

Ein Blick auf die Wählerstruktur zeigt ein sehr klares Bild. Die SPD erzielt ihre besten Ergebnisse bei jungen Wählerinnen und Wählern, insbesondere bei Frauen unter 35 Jahren, wo Zustimmungswerte von über 70 % erreicht werden. Gleichzeitig sind genau diese Gruppen diejenigen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung.

Die CSU hingegen ist besonders stark bei älteren Wählerinnen und Wählern, also ge-





GEMEINSAM VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Der Kooperationsvertrag für Nürnberg

Nach einer Kommunalwahl beginnt die eigentliche Arbeit. Unterschiedliche Positionen wurden vertreten, Programme diskutiert, Schwerpunkte gesetzt. Das gehört zur Demokratie dazu. Genauso wichtig ist aber, was danach kommt: sich an einen Tisch zu setzen, Gespräche zu führen und gemeinsame Lösungen zu entwickeln, die unsere Stadt voranbringen.

Genau diesen Schritt sind SPD und CSU gegangen. Mit dem Kooperationsvertrag für die kommenden sechs Jahre legen beide Parteien die Grundlage für die Zusammenarbeit im Nürnberger Stadtrat. Ziel ist es, Verantwortung zu übernehmen und konkrete Antworten auf die Herausforderungen unserer Stadt zu geben.

Der Vertrag ist das Ergebnis intensiver Verhandlungen. Unterschiedliche Perspektiven bleiben bestehen. Entscheidend ist, dass daraus tragfähige Lösungen entstehen. Für die SPD war dabei klar, eigene Schwerpunkte sichtbar einzubringen und gleichzeitig einen gemeinsamen Weg zu ermöglichen.

Im Mittelpunkt steht für uns die soziale Frage des Wohnens. Erstmals werden Wohnen, Bauen und Stadtentwicklung gebündelt und zu einer zentralen Aufgabe gemacht. Ziel ist mehr Tempo bei Planung und Umsetzung sowie die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum.

Ein zweiter zentraler Punkt ist die Entlastung von Familien. Mit dem kostenlosen Schülerticket setzen wir ein konkretes Signal für mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe. Mobilität darf kein Hindernis sein, weder im Alltag noch für die Zukunftschancen junger Menschen.

Mit der Weiterentwicklung der Königstraße zur Klima- und Flaniermeile wird zudem ein sichtbares Projekt auf den Weg gebracht, das Stadtentwicklung und Klimaschutz miteinander verbindet und die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt nachhaltig verbessert.

Gleichzeitig sorgt eine umfassende Verwal-

tungsreform dafür, dass die Stadt schneller und verlässlicher handeln kann. Zuständigkeiten werden gebündelt, Abläufe vereinfacht und Entscheidungsprozesse beschleunigt, mit dem klaren Ziel, dass gute Ideen künftig auch schneller umgesetzt werden. Auch finanziell setzt der Vertrag klare Leitplanken. Angesichts knapper Kassen werden Prioritäten gesetzt, Mittel gezielt eingesetzt und eine solide Grundlage für zukünftige Investitionen geschaffen. Gleichzeitig gilt: Eine Privatisierung städtischer Unternehmen wird es mit der SPD nicht geben. Die öffentliche Daseinsvorsorge bleibt in öffentlicher Hand.

Neben den inhaltlichen Vereinbarungen schafft der Kooperationsvertrag auch klare personelle Rahmenbedingungen für die Stadtspitze. Die SPD übernimmt weiterhin zentrale Verantwortung: Der Unterbezirksvorstand hat Elisabeth Ries als Sozialreferentin und Thorsten Brehm als Kämmerer vorgeschlagen. Zudem ist vorgesehen, dass die SPD mit dem dritten Bürgermeister die Zuständigkeit für Wohnen, Bauen und Stadtentwicklung übernimmt. Dieses Amt wird unser Parteivorsitzender Dr. Nasser Ahmed ausüben. Damit trägt sie maßgeblich Verantwortung für zentrale Zukunftsfragen unserer Stadt.

Dieser Kooperationsvertrag ist damit Ausdruck dessen, was Demokratie auch bedeutet: Unterschiede auszuhalten, Kompromisse zu finden und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Auf dieser Grundlage entsteht Verlässlichkeit – und die Fähigkeit, Nürnberg in den kommenden Jahren aktiv weiterzuentwickeln.

Jetzt kommt es auf die Umsetzung an. Die Vereinbarungen sind getroffen, nun gilt es, sie Schritt für Schritt mit Leben zu füllen. Das wird die große Aufgabe unserer neuen SPD-Stadtratsfraktion.





„WIR VERTRETEN UNS SELBST“ – DIE GRÜNDUNG DER NÜRNBERGER SOZIALDEMOKRATIE 1866

von KERSTIN GARDILL

Am 26. Mai 1866 treffen sich in der Löhnerschen Wirtschaft im Nürnberger Kontumazgarten einige Männer, die auf den ersten Blick wenig gemeinsam haben – ein Schneider, ein Schreinermeister, ein Buchbinder, ein Glockengießergeselle, ein Flaschnermeister. Und doch verbindet sie eine Erfahrung: Sie leben und arbeiten in einer Zeit tiefgreifender Umbrüche – und sie haben kaum Einfluss darauf.

Mit der Gründung des **Arbeiterbildungsvereins** legen sie den Grundstein für die organisierte Sozialdemokratie in Nürnberg. Ihr erster Vorsitzender wird der Schneider **Christoph Schwenk**, unterstützt von engagierten Handwerkern und Arbeitern wie Anton Koeberlein, Ch. Kapp, J. K. Jaeger und L. Uebelacker. Was hier entsteht, ist mehr als ein Verein. Es ist ein politischer Aufbruch.

Eine Zeit ohne Sicherheit – und ohne Stimme

Die 1860er Jahre sind geprägt von der beginnenden Industrialisierung. Auch in Nürnberg verändern Fabriken, Maschinen und neue

Produktionsweisen die Arbeitswelt grundlegend. Für viele Arbeiterinnen und Arbeiter bedeutet dieser Fortschritt jedoch vor allem eines: Unsicherheit.

Lange Arbeitszeiten von oft 12 bis 14 Stunden, niedrige Löhne, fehlende Absicherung bei Krankheit oder im Alter und beengte Wohnverhältnisse prägen den Alltag. Kinderarbeit ist keine Ausnahme, sondern Realität. Gleichzeitig ist politische Mitbestimmung stark eingeschränkt: Wählen darf nur, wer über Besitz verfügt oder bestimmte Voraussetzungen erfüllt.

Wer arbeitet, hat keine Zeit.
Wer arm ist, hat keine Stimme.

Die sogenannte „**Soziale Frage**“ beschreibt genau dieses Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichem Fortschritt und sozialer Ungleichheit – und wird zur zentralen Herausforderung des 19. Jahrhunderts.

Organisation als Antwort

Die Männer, die sich im Mai 1866 im Kontumazgarten treffen, akzeptieren diese Verhältnisse nicht länger. Sie organisieren sich – zunächst als Bildungsverein, aber mit ei-

nem klaren politischen Anspruch. Ihr Ziel ist es, Wissen zugänglich zu machen, Diskussionen zu ermöglichen und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten. Bildung wird dabei zum Schlüssel: Wer versteht, kann sich einmischen. Wer sich einmischt, kann verändern.

Aus dieser Überzeugung entsteht ein zentrales Motiv, das die Nürnberger Sozialdemokratie bis heute prägt: „**Wir vertreten uns selbst.**“

Der Beginn einer Chancengeschichte

Mit der Gründung des Arbeiterbildungsvereins beginnt in Nürnberg eine Entwicklung, die weit über das Jahr 1866 hinausweist. Zum ersten Mal organisieren sich Arbeiter systematisch, um ihre Lebensbedingungen nicht nur zu ertragen, sondern aktiv zu verändern.

Die entscheidende Neuerung liegt dabei nicht nur im politischen Programm, sondern im Ansatz selbst: Menschen, die bislang ausgeschlossen waren, werden zu handelnden Subjekten. Dadurch wird **die Chance, das eigene Leben politisch mitzugestalten, wird erstmals greifbar.**

Diese Idee – dass Chancen nicht gegeben, sondern erkämpft und organisiert werden müssen – zieht sich wie ein roter Faden durch 160 Jahre Nürnberger Sozialdemokratie.

Mehr als ein historischer Moment

Was 1866 in einer Nürnberger Gastwirtschaft beginnt, ist kein abgeschlossenes Kapitel. Es ist der Anfang einer politischen Tradition, die bis heute wirkt.

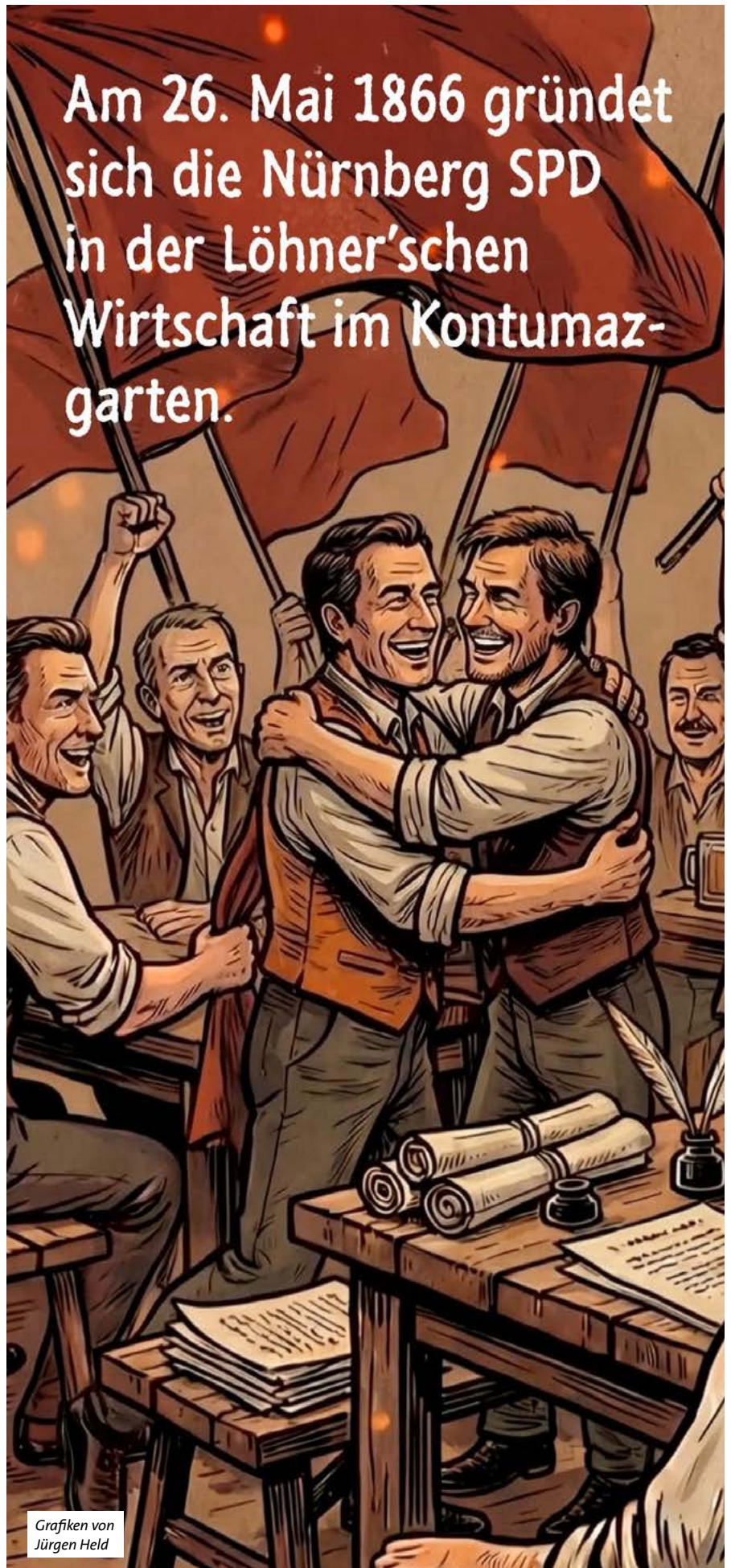
Denn die zentrale Herausforderung unserer Zeit ist nicht allein der gesellschaftliche Fortschritt – sondern die Frage, **wie gerecht dieser Fortschritt verteilt ist**. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch in Deutschland wieder spürbar auseinander. Vermögen und Chancen sind ungleich verteilt, und für viele Menschen entscheidet die soziale Herkunft noch immer über Bildungswege, Lebensverläufe und Zukunftsperspektiven.

Die Frage von 1866 stellt sich damit neu:
Wer hat Zugang zu Chancen – und wer nicht?

Die Antwort, die die Gründer der Nürnberger Sozialdemokratie gegeben haben, bleibt tatsächlich weiterhin aktuell:

Indem Menschen sich zusammenschließen, ihre Interessen vertreten und für mehr Gerechtigkeit eintreten.

Oder, in ihren eigenen Worten:
Wir vertreten uns selbst.



Grafiken von
Jürgen Held



Fotos von Rüdiger Löster

EIN KILOMETER GESCHICHTE – UND 160 JAHRE CHANCEN FÜR NÜRNBERG

von KERSTIN GARDILL

Zweimal rund 40 Teilnehmende, intensive Gespräche und spürbar großes Interesse: Die Stadtführung „Ein Kilometer vom Karl-Bröger-Haus ins Rathaus“, durchgeführt von der Autorin dieses Textes, gemeinsam mit dem SPD-Parteivorsitzenden und ehem. OB-Kandidaten Dr. Nasser Ahmed, hat eindrucksvoll gezeigt, wie lebendig Geschichte sein kann – und wie aktuell sie nach wie vor ist. Während des historischen Rundgangs werden Stationen besucht, die selbst eingefleischte Sozialdemokrat: innen nicht gleich mit der Nürnberger SPD verbinden – und gerade darin liegt ihre besondere Kraft. Was auf den ersten Blick wie ein historischer Spaziergang wirkt, entpuppt sich schnell als mehr: als eine Reise durch 160 Jahre sozialdemokratische Stadtgeschichte – und als Gespräch über die Frage, welche Chancen Politik Menschen eröffnet.

Auftakt am Karl-Bröger-Haus: Selbstbewusstsein und Haltung

Der Rundgang beginnt am Karl-Bröger-Haus – einem Ort, der wie kaum ein anderer für das Selbstverständnis der Nürnberger Sozialdemokratie steht. Errichtet 1930 als mo-

dernes Verlagsgebäude der Fränkischen Tagespost, damals eine der bedeutendsten sozialdemokratischen Zeitungen Deutschlands, war es Ausdruck eines neuen politischen Selbstbewusstseins. Hier wird schnell deutlich: Sozialdemokratie in Nürnberg war nie nur Reaktion auf Missstände – sie war immer auch Gestaltungsanspruch.

Luitpoldstraße: Helene Grünberg und der Kampf um Teilhabe

An der nächsten Station, dem ehemaligen SPD-Haus in der Luitpoldstraße, rückt eine Pionierin in den Mittelpunkt: Helene Grünberg. 1905 gründete sie hier das erste Arbeiterinnensekretariat im Deutschen Reich und beriet Frauen und Dienstmädchen – in einer Zeit, in der Frauen weder wählen durften noch politisch mitbestimmen konnten. Ihre Arbeit steht exemplarisch für eine zentrale sozialdemokratische Idee: Chancen entstehen, wenn auch diejenigen gehört werden, die bislang keine Stimme haben.

Breite Gasse: Demokratie unter Druck

In der Breiten Gasse führt die Tour in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und in die Jahre der Weimarer Republik. Hier befand sich das

damalige SPD-Parteihaus – ein Ort politischer Organisation in einer Phase, die von Hoffnung und Instabilität zugleich geprägt war. Die Teilnehmenden erfahren, wie hart umkämpft Demokratie von Beginn an war – und wie sehr sie auf engagierte Demokratinnen und Demokraten angewiesen ist.

Hauptmarkt: Widerstand, Aufbruch und große Momente

Am Hauptmarkt verdichtet sich Geschichte: Hier demonstrierten im Februar 1933 tausende Menschen gegen den aufkommenden Nationalsozialismus, angeführt vom Nürnberger SPD-Vorsitzenden Ernst Schneppenhorst. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Platz zum Symbol des Wiederaufbaus – und später zur Bühne großer politischer Momente, etwa beim Deutschlandtreffen mit Willy Brandt am Vorabend des Mauerbaus. Der Hauptmarkt zeigt: Nürnberg war immer auch ein Ort politischer Auseinandersetzung – und des demokratischen Aufbruchs.

Historischer Rathaussaal: Das Ende der Demokratie – und ihr Auftrag

Die letzte Station führt in den Historischen Rathaussaal. Hier tagte bis 1933 der demokratisch gewählte Stadtrat. In einer seiner

letzten Sitzungen verwies Oberbürgermeister Hermann Luppe den späteren NS-Oberbürgermeister Willy Liebel des Saales – ein letztes Aufbäumen demokratischer Ordnung. Wenig später wurden sozialdemokratische Stadträtinnen und Stadträte verhaftet, verfolgt, deportiert. Spätestens hier wird deutlich: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss geschützt, verteidigt und immer wieder neu gestaltet werden.

Geschichte als Auftrag für die Gegenwart

Was diese Stadtführung besonders macht, ist nicht nur die historische Tiefe – sondern der Dialog. Immer wieder entstehen Gespräche zwischen den Teilnehmenden, über damalige Kämpfe und heutige Herausforderungen. Denn die zentrale Frage zieht sich durch alle Stationen: Wie schaffen wir heute Chancen für alle? Die Antwort der Nürnberger Sozialdemokratie ist seit 1866 dieselbe geblieben – und zugleich aktueller denn je: Indem sich Politik an den Lebensrealitäten der Menschen orientiert und den Anspruch hat, Teilhabe zu ermöglichen.

Oder, wie es in der Führung immer wieder anklängt: **Seit 160 Jahren geht es um nichts weniger als um Chancen für Nürnberg.**



Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Nasser Ahmed

Redaktion: Nasser Ahmed,
Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Redaktionsanschrift:

SPD Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare

Gedruckt auf zertifiziertem Papier mit Ökofarbe.



Einladung zur Jahreshauptversammlung der SPD Frauen Nürnberg am 9. Juni 2026

Liebe Genossinnen,

wir laden euch herzlich zur Jahreshauptversammlung der SPD Frauen Nürnberg ein.

Die Jahreshauptversammlung findet am Dienstag, den 9. Juni 2026, um 18:00 Uhr im Wilhelm-Riepekoht-Saal des Karl-Bröger-Zentrums (Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg) statt. Das voraussichtliche Ende ist für 21:00 Uhr geplant. Die Antragsfrist endet am 29. Mai 2026. Bis zu diesem Datum könnt ihr uns gerne eure Anträge per E-Mail an frauen@spd-nuernberg.de zusenden.

Zu der Jahreshauptversammlung sind alle Frauen in der SPD Nürnberg herzlich eingeladen.

Anbei findet ihr den Vorschlag für die Tagesordnung.

1. Begrüßung

2. Konstituierung

- a. Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
- b. Wahl der Versammlungsleitung
- c. Beschlussfassungen über Geschäfts- und Tagesordnung

3. Grußworte

4. Bericht des Vorstands

5. Aussprache

6. Antragsberatung

7. Sonstiges

8. Schlusswort und Danksagung

Für Rückfragen stehen wir euch unter der E-Mail-Adresse frauen@spd-nuernberg.de gerne zur Verfügung.

Mit feministischen Grüßen

Euer Vorstand der SPD Frauen Nürnberg





EIN LEBENSWERK FÜR GLEICHSTELLUNG, SOLIDARITÄT UND GEWALTSSCHUTZ

SPD-Frauen Nürnberg gratulieren Gabriele Penzkofer-Röhl zum Luise-Kieselbach-Preis

von NINA GÖRGEN, HELGA KOCH-ZESSIN
und SPD FRAUEN

Seit fast fünf Jahrzehnten engagiert sich Gabriele Penzkofer-Röhl für Gleichberechtigung, soziale Teilhabe und den Schutz von Frauen vor Gewalt. Für dieses außergewöhnliche Lebenswerk wurde unsere langjährige Stadträtin 2026 mit dem Luise Kieselbach Preis in der Kategorie Lebenswerk ausgezeichnet. Als SPD-Frauen Nürnberg gratulieren wir ihr von Herzen.

Mit dem Preis wird insbesondere ihr jahrzehntelanger Einsatz für den Aufbau von Schutzstrukturen für gewaltbetroffene Frauen, ihr prägender Beitrag zur kommunalen Gleichstellungspolitik sowie ihr kontinuierliches Engagement gegen strukturelle Ungleichheit gewürdigt.

Bereits in den 1970er Jahren engagierte sich Gabriele Penzkofer-Röhl in der Neuen Frauenbewegung. 1977 gehörte sie zu den Mitbegründerinnen des Nürnberger Frauenhauses, dem sie insgesamt 37 Jahre lang verbunden blieb – unter anderem als Sozialpädagogin und sechs Jahre als Geschäftsführerin. Damit hat sie entscheidend dazu beigetragen, das Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen in Nürnberg aufzubauen und nachhaltig zu stärken.

Seit ihrem Eintritt in die SPD im Jahr 1990 prägt sie die sozialdemokratische Frauen-

und Sozialpolitik in Nürnberg maßgeblich mit. Sie war viele Jahre Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und von 2006 bis 2015 Vorsitzende des Ortsvereins Maxfeld. Bis heute engagiert sie sich als Vorsitzende der SPD AG 60plus besonders für generationenübergreifende Politik, soziale Teilhabe im Alter und quartiersbezogene Unterstützungsangebote.

Für uns SPD-Frauen ist sie über viele Jahre hinweg eine wichtige Wegbegleiterin, Impulsgeberin und verlässliche Stimme für Gleichstellungspolitik – nicht nur rund um den Internationalen Frauentag, sondern kontinuierlich im politischen Alltag.

Seit 2002 gehört Gabriele Penzkofer-Röhl dem Nürnberger Stadtrat an und hat dort über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg zentrale sozialpolitische Themen geprägt. Als frauenpolitische, personalpolitische und seniorenpolitische Sprecherin setzte sie wichtige Impulse für Gleichstellung, Armutsprävention, Beschäftigungsförderung und soziale Infrastruktur in unserer Stadt.

Ein besonderer Schwerpunkt ihrer Arbeit war stets der Schutz von Frauen vor Gewalt. Sie setzte sich kontinuierlich für den Ausbau von Frauenhausplätzen und Beratungsangeboten ein und treibt bis heute die Umsetzung der Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene voran. Zuletzt engagierte sie

sich dafür, die Chancen des Gewalthilfegesetzes konsequent für Nürnberg zu nutzen und die Finanzierung der Hilfestrukturen langfristig zu sichern.

Darüber hinaus war ihr der Ausbau von Angeboten für ältere Menschen ein zentrales Anliegen – etwa durch quartiersbezogene Unterstützungsstrukturen, barrierearmes Wohnen und bessere Möglichkeiten sozialer Teilhabe im Alter.

Nach über zwei Jahrzehnten engagierter Stadtratsarbeit scheidet sie nun auf eigenen Wunsch aus dem Gremium aus. Ihr kommunalpolitisches Wirken hat die Sozialpolitik Nürnbergs nachhaltig geprägt.

Was Gabriele Penzkofer-Röhl besonders auszeichnet, ist die Verbindung aus politischer Klarheit, großer sozialer Kompetenz und persönlicher Wärme. Sie kann Menschen zusammenbringen, Netzwerke stärken und Veränderungen beharrlich vorantreiben.

Ihr Engagement folgt einem einfachen und zugleich kraftvollen Leitgedanken: „Keine und keiner darf verloren gehen.“

Liebe Gabi, wir danken dir für dein jahrzehntelanges Wirken für Gleichstellung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit in Nürnberg – und gratulieren dir herzlich zu dieser verdienten Auszeichnung.



WIND UND SONNE TANKEN?

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Infolge des US-israelischen Angriffs auf den Iran sind die Öl- und Gaspreise weltweit deutlich gestiegen. Das ist ein weiteres Argument für die Energiewende.

Gerade erst haben wir die Preisschocks infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine halbwegs hinter uns gelassen. Jetzt ist es der Konflikt im Nahen Osten, der neue Sorgen auslöst. Nicht nur für alle, die mal zur Tankstelle müssen. Sondern auch hinsichtlich der durch die Energiepreise angetriebene Inflation. Zumal in vielen Produktionsprozessen – gerade auch für Lebensmittel – Gas oder Öl verwendet wird. Obwohl unser Gas als auch unser Öl vor allem aus Norwegen und den USA kommen, betrifft uns die Krise. Nur 6,1 Prozent unserer Rohöl-Importe kommen überhaupt aus dem Nahen Osten. Erneut machen wir aber die Erfahrung, dass wir uns von globalen Entwicklungen – auch globalen Preisentwicklungen – nicht unabhängig machen können.

Die Bundesregierung hat im ersten Schritt einen **Tankrabatt** beschlossen. Das ist eine schnelle Entlastung. Zur Wahrheit gehört aber, dass das nur eine begrenzte Entlastung ist und der Staat nicht alle globalen Entwicklungen vollständig auffangen kann. Es gibt in ganz vielen Bereichen die Notwendigkeit, unabhängiger zu werden. Um dadurch in Zukunft weniger anfällig zu sein für globale Ereignisse. Daran arbeiten wir bereits seit der Ampel an vielen Stellen. Ein besonders wichtiger Bereich ist dabei die **Fortführung der Energiewende**. Die von einer rot-grünen Bundesregierung vor über zwanzig Jahren gestartete Energiewende ist bereits erheblich vorangeschritten. Der Anteil erneuerbarer Energie am Bruttostromverbrauch in Deutschland lag zuletzt bei über 55 Prozent. Vor zehn Jahren lag der Anteil bei rund 32 Prozent, vor zwanzig bei rund 10 Prozent.

Hinter uns liegt also eine dynamische Entwicklung – und vor uns hoffentlich auch. Denn: So wie wir seitens der SPD auch nach dem Ende von Rot-Grün sichergestellt hatten, dass die Energiewende weitergeht, so machen wir das auch jetzt. Nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch weil erneuerbare Energie in der Erzeugung die günstigste Energie ist. Teuer ist vor allem der Umbau der Netze im Rahmen der Energiewende. Aber wäre **Atomkraft** günstiger? Diejenigen, die jetzt wieder von der Atomkraft schwärmen, erwähnen selten die Realität: Der letzte neue Atomreaktor in Frankreich hatte eine Bauzeit von 17 Jahren (geplant waren 5 Jahre) und kostete am Ende fast 24 Milliarden Euro – 20 Milliarden Euro mehr als geplant. Atomkraft ist weder eine schnelle Lösung bei Energieproblemen noch günstig. Ich kenne auch niemanden, der strahlenden Atom Müll bei sich in der Nachbarschaft gelagert haben möchte oder die Milliardenkosten für die Lagerung tragen will.

Im Koalitionsvertrag haben wir die Fortsetzung der Energiewende vereinbart. Dazu gehören auch die Mobilitätswende und die Wärmewende. Zu alledem verpflichtet nicht zuletzt das Klimaschutzgesetz, das einst die SPD in einer Großen Koalition durchgesetzt hatte. Gut ist deswegen, dass unser Bundesumweltminister Carsten Schneider ein **Klimaschutzprogramm 2026** vorgelegt hat, das bereits vom Bundeskabinett verabschiedet wurde. Rund acht Milliarden Euro werden damit für insgesamt 67 konkrete Maßnahmen investiert, aus dem von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzten Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Zu den Zielen gehört dabei nicht nur die Einsparung von 25 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr 2030. Sondern auch die Einsparung von teuren, fossilen Energieimporten. Ein Kernpunkt dabei sind rund 2.000 neue Windräder mit einer Strompro-

duktion, die der derzeitigen Erzeugung von rund 15-20 Gaskraftwerken entspricht. Damit bauen wir auf der dynamischen Entwicklung auf: Schon im letzten Jahr gab es einen Rekord bei der Genehmigung von neuen Wind-Projekten.

Auch die Mobilitäts- und Wärmewende gehen weiter. Das **Heizungsgesetz** wird nicht abgeschafft, wie es CDU/CSU im Wahlkampf gefordert hatten, sondern reformiert. Wer weiter Gasheizungen nutzen will, darf das machen. Dabei wird aber eine schrittweise steigende Grüngas- und Grünölquote eingeführt. Wer an der fossilen Heizung festhält, muss mit höheren Kosten rechnen und wird weiterhin davon abhängig sein, was gerade im Nahen Osten und anderswo los ist. Damit man das nicht aus Kostengründen muss, haben wir in der Koalition durchgesetzt, dass die erhebliche Förderung für den Heizungstausch fortbesteht. Damit Mietende nicht in die Röhre schauen, haben wir im Grundsatz durchgesetzt, dass sie vor überhöhten Nebenkosten durch den Neueinbau unwirtschaftlicher Heizungen geschützt werden sollen. Das wird für uns auch ein wichtiger Punkt in kommenden parlamentarischen Beratungen. Die gute Nachricht: Schon jetzt setzen immer mehr Eigentümer auf Wärmepumpen oder Fernwärme. Bei Neubauten spielen Gasheizungen zudem ohnehin kaum noch eine Rolle.

Auch die Fortführung des Deutschland-Tickets, das Markus Söder ja eigentlich im Falle eines Wahlsieges schreddern wollte, unterstützt das Klimaschutzprogramm 2026 der Bundesregierung. Teil ist auch das **Förderprogramm für Elektromobilität**, das wir in der neuen Koalition – mit sozialdemokratischer Handschrift – durchsetzen konnten: 3.000 Euro Zuschuss gibt es beim Kauf eines E-Autos, für kleine Einkommen sogar bis zu 6.000 Euro. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen für bis zu 800.000 neue E-Autos. Der Vorteil liegt aber auch im Verbrauch: Wer Wind und Sonne tanken kann, muss sich nicht an den Tankstellen ärgern und macht sich unabhängig davon, was Donald Trump als nächstes macht.

Damit das noch mehr Menschen können, investieren wir auch zusätzlich in den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Ganz neu ist jetzt das Förderprogramm „**Laden im Mehrparteienhaus**“, das wir mit 500 Millionen Euro ausgestattet haben. Damit wollen wir die Möglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner der rund 20 Millionen Wohnungen in Mehrparteienhäusern ausbauen, an der Mobilitätswende teilzuhaben. Und künftig Wind und Sonne zu tanken, nicht nur im Urlaub!

SAUBERES NÜRNBERG STATT MÜLLCHAOS

**Schluss mit illegalen Ablagerungen
in unserer Stadt**



von ARIF TAŞDELEN, MdL

Die Vermüllung in Nürnberg wird für Menschen immer sichtbarer. Zahlreiche Nürnbergerinnen und Nürnberger erleben es Tag für Tag vor der Haustür: Neben dem Müllcontainer steht längst nicht mehr nur eine vergessene Tüte, sondern oft ein Haufen aus Sperrmüll, Kartons, Elektroschrott und Dingen, die dort offensichtlich nicht hingehören. An zu vielen Containerstandorten in unserer Stadt ist das trauriger Alltag. Illegale Müllablagerungen sind dabei nicht nur ein Ärgernis fürs Auge, sie mindern auch die Lebensqualität in den Stadtteilen und treiben die Entsorgungskosten nach oben - bezahlt von uns allen.

Damit muss endlich Schluss sein! Nürnberg ist lebenswert und schön - und unsere Stadt darf nicht weiter durch achtlos entsorgten Müll verschandelt werden. Wer seinen Abfall illegal ablädt, handelt respektlos gegenüber der Gemeinschaft und belastet genau jene, die sich an die Regeln halten müssen.

Ein wirksamer Ansatz gegen dieses Problem kann eine gezielte Videoüberwachung an besonders belasteten Containerstandorten sein. Mir geht es dabei ausdrücklich nicht um eine flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raums, sondern um punktgenaue Maßnahmen an bekannten Problemorten. So eine Überwachung kann abschrecken, Müllsünder identifizieren und dazu beitragen, illegale Ablagerungen deutlich und auf Dauer spürbar zu verringern.

Genau hier zeigt sich derzeit das eigentliche Problem: Für die Kommunen ist der Einsatz von Videoüberwachung in diesem Be-

reich bisher rechtlich ein heikles Feld. Deshalb habe ich im Januar eine Anfrage an die Staatsregierung gestellt, um zu klären, unter welchen Voraussetzungen eine rechtssichere Überwachung von Müllcontainerstandorten überhaupt erst möglich wäre. Die Antwort war ernüchternd: Die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen müssten erst noch geschaffen werden. Ich sage: Wir brauchen jetzt Rechtssicherheit! Illegale Müllablagerungen gibt es schließlich nicht erst seit gestern. Das Problem ist seit Jahren bekannt und in vielen Vierteln weiter gewachsen.

Ein Gesetzentwurf zur Modernisierung des Bayerischen Datenschutzgesetzes ist bei der Staatsregierung aber in einem frühen Stadium. Deshalb ist absehbar, dass es noch geraume Zeit dauern wird, bis konkrete Regelungen vorliegen - wenn sie überhaupt kommen. Es wäre schließlich nicht das erste Mal, dass eine Ankündigung der Staatsregierung im Sand verläuft.

Damit es diesmal nicht wieder bei Ankündigungen bleibt, fordere ich die Staatsregierung auf, konkret zu werden. Im Bayerischen Landtag werde ich weiter Druck machen, nachhaken und die Staatsregierung an ihren Worten messen - so lange, bis ein praxistauglicher und rechtssicherer Entwurf vorliegt. Unsere Kommunen brauchen endlich Klarheit und verlässliche Instrumente, um gegen illegale Müllablagerungen wirksam vorgehen zu können.

Mit einer gesetzlichen Anpassung allein ist das Problem noch nicht gelöst. Der Freistaat muss den Kommunen bei der Umsetzung unter die Arme greifen. Etwa durch klare Leitlinien, rechtssichere Mustervorgaben und gegebenenfalls finanzielle Förder-

programme, damit entsprechende Maßnahmen vor Ort umgesetzt werden können.

Die illegalen Müllablagerungen stehen exemplarisch für ein größeres strukturelles Problem: Zu oft werden die Kommunen finanziell und inhaltlich allein gelassen. Gerade kleinere Städte und Gemeinden haben meist nicht die ausreichenden finanziellen und personellen Kapazitäten, um komplexe rechtliche Fragen eigenständig zu klären. Der Freistaat muss seiner Verantwortung gerecht werden und die Kommunen vor Ort aktiv unterstützen - bei der Videoüberwachung ebenso wie bei anderen drängenden kommunalen Themen.

Neben der Landesebene ist aber auch die Stadt Nürnberg selbst gefordert. Die von der SPD-Stadtratsfraktion vorgeschlagene Sauberkeitsoffensive begrüße und unterstütze ich ausdrücklich. Die Fraktion fordert, im Rahmen eines Pilotprojekts Altglascontainer verstärkt auf Supermarktparkplätzen aufzustellen und im Gegenzug Containerstandorte im öffentlichen Raum zu reduzieren. Außerdem soll Nürnberg zur klassischen Sperrmüllabholung an festen Terminen zurückkehren - eine Maßnahme, die sich viele Bürgerinnen und Bürger schon seit Langem wünschen.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen keine flächendeckende Überwachung, sondern gezielte, verhältnismäßige und wirksame Maßnahmen. Wir wollen unsere Umwelt schützen, das Stadtbild verbessern und die Gebührenzahler entlasten. Wer illegal Müll ablädt, darf nicht länger davonkommen. Nürnberg verdient saubere Straßen, intakte Stadtteile und ein starkes, verantwortungsvolles Miteinander.

Die Kommunalwahl 2026 markiert für uns Jusos Nürnberg einen echten Meilenstein. Mit Anil Altun und Linda Reinke ziehen zwei unserer Kandidat*innen als die einzigen Neuen der SPD-Fraktion in den Stadtrat ein. Gleichzeitig konnten Sandra Manthey und Eren Taskin ihre Listenplätze deutlich verbessern. Dieses Ergebnis zeigt: Mit Rückgrat, Mut und Ehrgeiz kann man Menschen für sich und seine politischen Ideen gewinnen.

Unter dem Motto „Reclaim Nürnberg!“ haben wir in den vergangenen Monaten gezeigt, was es heißt, Politik aus der Perspektive junger Menschen zu machen. Mit klaren Forderungen, einem eigenen Design, einer eigenständigen Kampagne und vor allem mit Formaten, die Menschen wirklich erreichen.

Ob bei unserer Döner-3€-Aktion, der Freiraumaktion in der Süd- und Nordstadt, dem Rave im Ludwig's, Nachtfestständen oder den Verteilaktionen vor den Berufsschulen: Wir waren deutlich sichtbar, ansprechbar und hatten immer mit dem Anspruch, Politik wieder näher an den Alltag junger Menschen zu bringen. Dabei ging es uns nie darum, einfach überall aufzutauchen, nur um irgendwie Stimmen einzusammeln. Wir sind mit Rückgrat in diesen Wahlkampf gegangen, haben klar gesagt, wofür wir politisch stehen, und genau so das Gespräch mit den Menschen gesucht. Unsere Inhalte und Aktionen fanden nicht nur auf der Straße statt, sondern wurden konsequent über unsere Social-Media-Kanäle, Flyer und sogar eigene Großflächenplakate begleitet und weitergetragen.

Dabei war von Anfang an klar: Dieser Wahlkampf ist Teamarbeit. Neben unseren vier Kandidierenden haben unzählige Jusos diesen Weg mitgetragen, aus dem Vorstand, gemeinsam mit unserem Geschäftsführer und weit darüber hinaus. Plakatieren, organisieren, diskutieren, gestalten: Der Einsatz war enorm. Dieser Erfolg gehört uns allen. Gleichzeitig haben wir durch unsere starke Präsenz und unsere Aktivitäten auch zahlreiche neue Interessierte erreicht und für die Jusos Nürnberg begeistern können.

Besonders hervorzuheben ist, dass wir als Jusos die einzige politische Jugendorganisation in Nürnberg waren, die einen eigenständigen Jugendwahlkampf geführt hat. Während andere sich auf klassische Strukturen verlassen haben, haben wir bewusst neue Wege gewählt, in der Ansprache, in der Themenwahl und in der Art, wie wir Politik vermitteln. Das hat sich ausgezahlt.

Unser Ergebnis ist dabei mehr als ein persönlicher Erfolg einzelner Kandidat*innen.

RECLAIM NÜRNBERG! EIN JUGENDWAHLKAMPF, DER WIRKT



Es ist ein klares Signal: Junge Perspektiven, soziale Themen und eine neue Form politischer Ansprache finden Unterstützung. Für die SPD-Stadtratsfraktion bedeutet das eine wichtige Verstärkung, nicht nur personell, sondern auch inhaltlich. Themen wie bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende, mehr Freiräume in dicht bebauten Stadtteilen oder eine gerechtere Stadtentwicklung haben durch unseren Wahlkampf an Sichtbarkeit und Rückhalt gewonnen.

Gleichzeitig verstehen wir dieses Ergebnis als Auftrag. Nürnberg steht vor großen Herausforderungen und es braucht frischen Wind, neue Ideen und den Mut, Dinge anders zu denken. Genau dafür sind wir angetreten.

Mit dem erfolgreichen Abschluss dieses Wahlkampfs beginnt für uns nun auch eine neue Phase. Anil Altun und Linda Reinke werden mit ihrem Einzug in den Stadtrat Verantwortung auf neuer Ebene übernehmen und haben angekündigt, den Juso-Vorsitz abzugeben. Eine außerordentliche Jahreshauptversammlung wird diesen Übergang gestalten und die Weichen für die zukünftige Arbeit der Jusos Nürnberg stellen.

Unser Fazit: Dieser Wahlkampf hat gezeigt, was möglich ist, wenn man konsequent aus einer eigenen Haltung heraus arbeitet, als Team funktioniert und den Anspruch hat, wirklich etwas zu bewegen. Und das war erst der Anfang!

MAI / JUNI
2026
ALLE TERMINE AUF
EINEN BLICK

20.05.26 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein:
Mitgliederversammlung
Gasthaus Das Südlokal,
Galvanistraße 10

19.05.26 – 15:00 Uhr

SPD AG60+:
Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

19.05.26 – 19:00 Uhr

SPD AG Queer:
Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

20.5.26 – 19:00 Uhr

Wahlkampf-Nachlese Veranstaltung
Willy-Pröb-Saal, KBZ

20.05.26 – 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl:
Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

09.06.26 – 18:00 Uhr

SPD Frauen:
Jahreshauptversammlung
Wilhelm-Riepekohl-Saal, KBZ

17.06.26 – 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl:
Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

17.06.26 – 19:00

SPD Hummelstein:
Mitgliederversammlung
Gasthaus Das Südlokal,
Galvanistraße 10

Bitte beachten, dass es zu terminlichen
Abweichungen kommen kann. Bitte
informiere dich rechtzeitig bei deinen
Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-
Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.



www.spd-nuernberg.de



facebook.com/spd.nuernberg



instagram.com/spdnuernberg